

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung
mit Polizeibeirat**

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.11.2024	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:21 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Jochen Mauritz - CDU		
Barbara Steffen - CDU		
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Stefan Höfel - Unabhängige Volt-PARTEI		Vertretung für: Herrn Detlev Stolzenberg Fraktionsvorsitzender
Jörn Twesten - AfD		Vertretung für: Herrn Markus Stappen
Joachim Hess - CDU		Vertretung für: Herrn Paul-Gerhard Röttger
Kevin Kleinert - CDU		
André Marx - SPD		
Katja Mentz - LINKE & GAL		
Rolf Müller - FDP		
Kirsten Petersohn - SPD		
Hans-Peter Buerschaper - CDU		Teilvertretung für J. Mauritz zu TOP5.5 + 5.6
Beiratsmitglieder		
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat Naturschutzbeirat		nur öffentlicher Teil
Helga Lietzke - Beirat für Senior:innen		nur öffentlicher Teil
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen		nur öffentlicher Teil

Verwaltung	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Petra Poltrock - 3.030 FBC	
Birgit Hartmann - 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz	bis 19:08 Uhr
Thomas Köstler - 3.370 Feuerwehr	bis 18:56 Uhr
Melanie Wöhlk - 3.320 Ordnungsamt	bis 18:56 Uhr
Milena Mausbach - 3.390 UNV	bis 18:30 Uhr
Birte Fröhlich - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	bis 19:08 Uhr
Christian Stolte - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	bis 17:47 Uhr (Teilnahme zu TOP 4.1, 5.1 + 5.2)
Michael Stödter - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	bis 17:47 Uhr (Teilnahme zu TOP 4.1, 5.1 + 5.2)
Sven Klempau - Stadtfeuerwehrverband	bis 18:56 Uhr
Klaus Cohrs - Stadtfeuerwehrverband	bis 18:56 Uhr
Bernd Olbrich - Polizeidirektion Lübeck	bis 16:48 Uhr
Björn Bödeker - Polizeidirektion Lübeck	bis 16:48 Uhr
Protokollführung	
Angelika Schröder - Fachbereichsdienste FB 3	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Markus Stappen - AfD	entschuldigt
Detlev Stolzenberg - Unabhängige Volt-PARTEI Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Paul-Gerhard Röttger - CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2024	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3.1.1	Aktionsabschluss Stadtradeln 2024 am 11.10.2024	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.2.1	Vorstellung der Koordinierungsstelle kommunale Entwicklungspolitik	
3.2.2	Müllentsorgung in Kleingärten	
3.2.3	Sachstand Masterplan Klimaschutz	
3.2.4	Feuer in der Kanalstraße am 04.10.2024	
3.3	Beantwortung von Anfragen	
3.4	Neue Anfragen	
3.4.1	Anfrage von AM Dr. Lengen: Kaliko-Krebs - neue invasive Art auch in Lübecks Gewässern?	VO/2024/13627
3.4.2	AM Jochen Mauritz (CDU): Kommunalen Ordnungsdienst	VO/2024/13646
3.4.3	Antwort auf die Anfrage von AM Jochen Mauritz (CDU): Kommunalen Ordnungsdienst	VO/2024/13646-01
3.4.4	AM Jochen Mauritz: Müll- und Abfallentsorgung im Hochschulstadteil	VO/2024/13710
3.4.5	Anfrage von AM Zahn: Umgang mit Verkehrszeichen 2031 "Achtung Radarkontrolle"	
4	Berichte	
4.1	5. Regionaler Nahverkehrsplan - Verkehrswendeszenario	VO/2024/13415
5	Beschlussvorlagen	
5.1	5. Regionaler Nahverkehrsplan (RNVP)	VO/2024/13416

5.2	Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn	VO/2024/13418
5.3	Bebauungsplan 23.27.00 - Steinrader Damm / Schönböckener Hauptstraße - Satzungsbeschluss	VO/2024/13631
5.4	Bebauungsplan 19.03.00 - Niendorf / Holzkoppel - Satzungsbeschluss	VO/2024/13650
5.5	Entschädigungssatzung Freiwillige Feuerwehren	VO/2024/13518
5.6	Aufwandsentschädigungen / Ehrenamtsförderung für die freiwilligen Feuerwehren	VO/2024/13340
5.7	Gründung Lübecker Klimafonds	VO/2024/13406-01
5.8	Zustimmung zum Nachtragsplan der Kameradschaftskasse der FF Lübeck-Dummersdorf für das Haushaltsjahr 2024	VO/2024/13686
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BM Möller: Einführung einer Ehrenamtspauschale für die Freiwillige Feuerwehr	VO/2023/12366
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Am Katja Mentz (GAL): Schutz von Igel und weiteren Kleintieren	VO/2024/13635
8	Polizeibeirat	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es wird festgestellt, dass die Sitzung fristgerecht einberufen wurde und die Tagesordnung mit der schriftlichen Ladung allen Teilnehmer:innen zugegangen ist.

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Es wird darauf hingewiesen, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Herr Polizeidirektor Bernd Olbrich und Polizeirat Björn Bödeker werden von der Vorsitzenden begrüßt.

Die Vorsitzende bittet alle sich zum Gedenken an Hans-Jürgen Schubert, der am 3. November verstorben ist, zu erheben.

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Joachim Hess mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

VO/2024/13686:

Zustimmung zum Nachtragsplan der Kameradschaftskasse der FF Lübeck-Dummersdorf für das Haushaltsjahr 2024. Die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit des TOP 5.8 abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 8 Polizeibeirat vorzuziehen und nach TOP 2.1 zu behandeln.

Es wird gebeten TOP 3.4.2 die Anfrage VO/2024/13646 sowie TOP 3.4.3 Beantwortung der Anfrage (VO/2024/13646-01) vorzuziehen und nach TOP 8 Polizeibeirat zu behandeln.

Es wird gebeten TOP 4.1, TOP 5.1 und TOP 5.2 gemeinsam zu behandeln und vorzuziehen und vor TOP 3 zu behandeln.

Es wird gebeten TOP 6.1 vorzuziehen und gemeinsam mit TOP 5.6 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der Tagesordnungspunkte einzeln abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt jeweils einstimmig zu.

Über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung muss gem. §39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft vor Eintritt abgestimmt werden. Die Vorsitzende lässt für die Teilnahme von Petra Poltrock, Fachbereichscontrolling, abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2024

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilungen der Vorsitzenden

zu 3.1.1 Aktionsabschluss Stadtradeln 2024 am 11.10.2024

Die Vorsitzende berichtet von der Abschlussveranstaltung der Aktion Stadtradeln. Sie habe die Preisverleihung vornehmen dürfen und das Team „Hansestadt LüBike“ der Stadtverwaltung habe den 2. Platz erreicht. Schade sei gewesen, dass sich nur wenige Teilnehmer aus der Bürgerschaft und des USO zum Stadtradeln angemeldet hätten. Sie appelliert im nächsten Jahr doch bitte beim Stadtradeln mitzumachen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 3.2.1 Vorstellung der Koordinierungsstelle kommunale Entwicklungspolitik

Frau Milena Mausbach stellt das Projekt „Kommunale Entwicklungspolitik mit der Präsentation vor und beantwortet die Frage von AM Mentz zur Förderung. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Müllentsorgung in Kleingärten

Frau Hartmann berichtet über eine Aktion der Unteren Abfallbehörde zur Beseitigung von Abfallablagerungen in Kleingärten und zeigt eine Präsentation. Es werde versucht mit verschiedenen Projekten eine Verbesserung bei der Abfallmenge zu erreichen. Die Vorstände der Kleingartenvereine hätten sich sehr kooperativ gezeigt. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.3 Sachstand Masterplan Klimaschutz

Frau Hartmann berichtet folgende Sachstände:

- Kommunalen Wärmeplanung.
Das Begleitgremium tagt wieder am 21.1.2025 und der KWP müsse bis Ende Februar beschlossen werden.
- Lärmaktionsplan - zzt. in der Öffentlichkeitsbeteiligung
- Energetische Quartierskonzepte - Konzeptvorstellung erfolgt noch im USO
- Zwischenbericht zum Sanierungskonzept Marli
- CO2-Bilanz soll im nächsten Sommer vorgelegt werden
- Solarleitfaden - in der finalen Abstimmung
- Monitoring des MAKs – werden den Gremien wieder vorgelegt

Die Nachfragen von AM Mauritz, AM Schüler beantworten Frau Hartmann und Herr Hinsén.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.4 Feuer in der Kanalstraße am 04.10.2024

Herr Köstler berichtet über den ungewöhnlichen Einsatz bei einem Wohnungsbrand in der Kanalstraße am 4./5. Oktober 2024. Zur Brandbekämpfung seien 190 Einsatzkräfte beteiligt gewesen. Der Rauch zog über die gesamte Altstadt. Die Freiwillige Feuerwehr Bad Schwartau habe mit technischem Gerät geholfen. Der Einsatz sei gut gelaufen und Herr Köstler dankt allen Beteiligten für die Unterstützung. Er beantwortet die Nachfrage von AM Höfel.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Beantwortung von Anfragen

zu 3.4 Neue Anfragen

**zu 3.4.1 Anfrage von AM Dr. Lengen: Kaliko-Krebs - neue invasive Art auch in Lübecks Gewässern?
Vorlage: VO/2024/13627**

Frau Hartmann erläutert, dass der Krebs bei der Unteren Wasserbehörde bisher noch nicht bekannt sei. AM Müller fragt, wo der Krebs denn bisher nachgewiesen worden sei. Herr Schulz vom Naturschutzbeirat antwortet, dieser sei im Rheinbereich bereits häufig vorgekomme.

Beschluss:

- 1.) Gibt es Erkenntnisse, dass die invasive Art Kaliko-Krebs aus Nord-Amerika auch schon in Lübecks Gewässer eingedrungen ist?
- 2.) Da diese eingewanderten Kalikokrebse sich im Rekordtempo vermehren und als Allesfresser gelten, können sie Biotope zerstören und die Artenvielfalt einschränken. Plant die Verwaltung dagegen etwas, kann man überhaupt etwas dagegen tun?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.4.2 AM Jochen Mauritz (CDU): Kommunalen Ordnungsdienst
Vorlage: VO/2024/13646**

Die Beratung dieses TOP wurde vorgezogen und nach TOP 8 Polizeibeirat (vgl. TOP 1) beraten.

Anfrage:

Mich erreichen immer mehr Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich fragen, warum das Ordnungsamt plötzlich ständig in ihrem Wohngebiet „Knöllchen“ verteilt und sich gefühlt eher um Lappalien kümmert anstatt an den Brennpunkten im Innenstadtbereich präsent zu sein. Das ist m.E. eine berechtigte Frage. Um mir ein Bild zur Beantwortung dieser Frage machen zu können, benötige ich fundiertes Hintergrundwissen.

In diesem Zusammenhang wird um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Wie war der Ordnungsdienst im Sommer in Travemünde aufgestellt? (Planung und tatsächliches Personal vor Ort)
2. Werden Ordnungswidrigkeiten nur angemahnt (z.B. beim Grillen) oder muss Bußgeld bezahlt werden?
3. Gibt es vom Bereich Ordnungsamt/ Polizei bereits Überlegungen, wie das Verkehrschaos an hochfrequentierten Tagen in Travemünde zukünftig vermieden werden kann?
4. Welche Aufgaben wurden von der Polizei auf das Ordnungsamt übertragen? (mit Begründung)
5. Welche Schnittstellen gibt es in der Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt?
6. Wie sind die Aufgaben innerhalb des Ordnungsamtes organisiert?
7. Wer priorisiert welchen Einsatz bzw. welches Einsatzgebiet und welches Prozedere liegt dieser Entscheidung zugrunde? (mit Begründung)
8. Nach welchen Kriterien werden die Einsatzorte gewählt? (mit Begründung)

Um schriftliche Beantwortung der Fragen wird bis zur nächsten Ausschusssitzung am 17.12.2024. gebeten

**zu 3.4.3 Antwort auf die Anfrage von AM Jochen Mauritz (CDU): Kommunalen Ordnungsdienst
Vorlage: VO/2024/13646-01**

Herr Olbrich ergänzt zu der bereits bestehenden Antwort folgendes: Es hätte am 22.07.2024 zwar eine schwierige Verkehrssituation bestanden, diese habe jedoch zu keinem Sicherheitsproblem geführt.

Dieser Einschätzung würden ebenso die Feuerwehr und der Rettungsdienst folgen. Proaktiv aktualisiere die Polizei dementsprechend nicht das Verkehrskonzept. Die Travemünder Woche 2024 sei aus polizeilicher Sicht insgesamt weitestgehend eine störungsfreie Veranstaltung gewesen. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und KOD habe gut funktioniert. Hierzu spricht AM Mauritz.

AM Mauritz regt an, dass Verkehrskonzept zur Travemünder Woche der Öffentlichkeit noch einmal vorzustellen..

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Antwort zur Kenntnis

**zu 3.4.4 AM Jochen Mauritz: Müll- und Abfallentsorgung im Hochschulstadteil
Vorlage: VO/2024/13710**

Herr Olbrich berichtet aus dem Zuständigkeitsbereich der Polizei. Es gebe in dem genannten Bereich nur einen Vorfall bezüglich Vandalismus. Ansonsten gebe es keine Störungsthemen aus dem Zuständigkeitsbereich der Polizei.

Senator Hinsen beantwortet die Anfrage und teilt mit, dass Verunreinigungen / Störungen jederzeit in der App „Mein Lübeck“ oder auch online auf der Internetseite der Hansestadt Lübeck gemeldet werden könnten.

AM Zahn kritisiert, dass sich drei Ausschüsse mit dem Inhalt dieser Vorlage befassen sollen.

Nachtrag zum Protokoll:

Der Internetlink lautet: <https://www.luebeck.de/de/buergerservice/anliegenmanagement/index.html>

oder über die App: „MeinLübeck“

Anfrage:

Am Ende der Johannes-Balzer-Straße im Hochschulstadtteil wird eine Sitzgruppe zusehends vermüllt. Es befindet sich dort seit Tagen ein Scherbenhaufen, die Mülleimer quellen über und es scheint, als würde der Müll nicht regelmäßig entsorgt. Dementsprechende Mitteilungen erreichten mich von verärgerten Anwohnern.

In diesem Zusammenhang wird um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

- 9. Ist das Problem bei den Entsorgungsbetrieben bereits bekannt?
- 10. Wie ist die Taktung der Entsorgung im Hochschulstadtteil?
- 11. Gibt es bereits Überlegungen, wie man diesen Probleplatz zukünftig sauber halten will?

Um schriftliche Beantwortung der Fragen wird gebeten bis zur nächsten Ausschusssitzung am 19.12.2024.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.4.5 Anfrage von AM Zahn: Umgang mit Verkehrszeichen 2031 "Achtung Radarkontrolle"

AM Zahn stellt die mündliche Anfrage zum Umgang mit Verkehrszeichen 2031 „Achtung Radarkontrolle“. Seiner Meinung nach, wurde es im Zuge eines Beschlusses der Verkehrsführungs- und Überwachungsanlagen u. a. auch beschlossen, dass das Verkehrszeichen „Achtung Radarkontrolle“ nicht im Zuständigkeitsgebiet der Hansestadt Lübeck aufgestellt werden solle. Ihm sei aufgefallen, dass so ein Hinweisschild in der Travemünder Allee, Höhe Sandbergbrücke stünde. AM Zahn fragt nach, warum von dieser Regelung abgewichen werde.

Die Anfrage wird in einer nachfolgenden Sitzung beantwortet.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 5. Regionaler Nahverkehrsplan - Verkehrswendeszenario
Vorlage: VO/2024/13415**

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.1, TOP 5.1 und TOP 5.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Herr Stolte und Herr Stödter stellen die Bausteine der ÖPNV-Strategie der Hansestadt Lübeck anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Mentz, AM Mauritz, AM Petersohn, AM Lengen, AM Zahn, AM Schüler, AM Marx. Herr Stolte und Herr Stödter beantworten weitere Fragen.

Zu TOP 5.2:

Herr Stödter berichtet, dass im Bauausschuss am 18.11.2024 die Vorlage vertagt worden sei. Gemäß Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der Freien Wähler soll erst ein Teilgutachten bezüglich des Nutzen-Kosten-Vergleich erstellt werden.

Beschluss:

Derzeit wird der 5. Regionale Nahverkehrsplan (RNVP) erstellt und in den politischen Gremien behandelt. Dieser schreibt den 4. RNVP nur zum Teil fort, entwickelt ihn aber in einem Kernpunkt auch komplett neu – nämlich dem Busliniennetz. Es soll hierdurch der Weg frei gemacht werden für fundamentale Verbesserungen im ÖPNV. Dies soll insbesondere durch sogenannte „Pull-Maßnahmen“ erfolgen – also Maßnahmen, die durch verbesserte Angebote Menschen dazu bewegen, den Umweltverbund stärker als bisher zu nutzen. Dazu wurden in den letzten Jahren bereits erste Schritte umgesetzt, wie z.B. die Anbindung des Bahnhaltopunktes Moisling, die Einführung des „Lübeck-Takts“ auf einigen ausgewählten Hauptrelationen oder die Angebotserweiterung der Linie 40 entlang der Lübecker Bucht.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 5. Regionaler Nahverkehrsplan (RNVP)
Vorlage: VO/2024/13416

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.1, TOP 5.1 und TOP 5.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben.

AM Mauritz beantragt, die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weiterzugeben. Die Vorsitzende lässt über die Weitergabe ohne Votum abstimmen

Beschluss:

Der 5. RNVP der Hansestadt Lübeck (2024-2028) wird beschlossen und somit der mittelfristige Rahmen für die Entwicklung des straßengebundenen ÖPNV in Lübeck festgelegt.

Dazu wird der Bürgermeister beauftragt,

1. das neue ITF-Konzept gemäß den Vorgaben des 5. RNVP für den Busverkehr umzusetzen,
2. jährlich anlässlich der Haushaltsberatungen über den Fortschritt zu berichten,
3. ein Konzept für die Bedienung in der Nachtverkehrszeit zu erstellen, welches sich z. B. am Schichtbetrieb in Gewerbegebieten orientiert.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	6
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Weitergabe ohne Votum.

zu 5.2 Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn
Vorlage: VO/2024/13418

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.1, TOP 5.1 und TOP 5.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben.

AM Mentz beantragt die Vertagung der Entscheidung, bis die Prüfergebnisse zum Teilgutachten bezüglich des Nutzen-Kosten-Vergleiches auch dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung vorlägen.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag zur Vertagung abstimmen.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck nimmt die Potenzialanalyse für eine Straßenbahn zur Kenntnis.

- Die Einführung eines Straßenbahnsystems wird im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) nicht berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung vertagt die Beratung bis das Gutachten vorliegt.

**zu 5.3 Bebauungsplan 23.27.00 - Steinrader Damm / Schönböckener Hauptstraße -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2024/13631**

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Petersohn, Herr Schulz (Naturschutzbeirat), AM Mühlenhoff, AM Mentz. Es wird kritisiert, dass die Einwände/Anmerkungen der unteren Naturschutzbehörde und der Klimaleitstelle teilweise nicht berücksichtigt würden. Die Vorsitzende weist daraufhin, da es sich um einen Satzungsbeschluss handle, dieser im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nicht mehr zu ändern wäre. Senator Hinsen ergänzt, dass die Möglichkeit bestünde, in der Bürgerschaft dazu Stellung zu nehmen.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

- Die während der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der erneuten Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 23.27.00 – Steinrader Damm / Schönböckener Hauptstraße –abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 86 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 23.27.00 – Steinrader Damm / Schönböckener Hauptstraße in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan entsprechend dem beiliegenden Entwurf (Anlage 6) zu berichtigen.
4. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB sowie die Berichtigung des Flächennutzungsplans ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.4 Bebauungsplan 19.03.00 - Niendorf / Holzkoppel - Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2024/13650**

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Petersohn, Senator Hinsen, Herr Schulz (Naturschutzbeirat).

Senator Hinsen wird im Senat thematisieren, dass Satzungsbeschlüsse zukünftig zuerst im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung behandelt würden, bevor diese im Bauausschuss behandelt werden, damit die Umweltaspekte besser berücksichtigt werden könnten.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die während der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der erneuten Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 19.03.00 – Niendorf / Holzkoppel – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Gemäß des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 86 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 19.03.00 – Niendorf / Holzkoppel – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 5.5 Entschädigungssatzung Freiwillige Feuerwehren Vorlage: VO/2024/13518

AM Mauritz erklärt sich für TOP 5.5 und TOP 5.6 für Befangen und verlässt den Sitzungssaal. AM Buerschaper übernimmt die Teilvertretung für AM Mauritz zu TOP 5.5 und TOP 5.6.

Hierzu reden AM Höfel, Herr Köstler und AM Zahn. Herr Köstler weist daraufhin, dass in der Vorlage der Fehler, auf den AM Höfel aufmerksam gemachte habe, korrigiert worden sei.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

AM Zahn erhebt den Einwand, dass eine Vertretung bei befangenheitsbedingter Abwesenheit nicht rechtens sei. Seiner Meinung nach, dürften zu TOP 5.5 und zu TOP 5.6 aufgrund der Befangenheit von AM Mauritz nur 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sein. Diese Rechtsfrage konnte nicht sofort vor Ort gelöst werden, so dass über die Vorlage ein zweites Mal ohne Beteiligung von der Teilvertretung AM Buerschaper vorgenommen wurde.

Die Vorsitzende lässt erneut über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

Hinweis zum Protokoll

Der Bereich Recht teilt folgendes mit: Ausgeschlossene Mitglieder können sich für den Beratungsgegenstand, für den ein Ausschließungsgrund vorliegt, vertreten lassen (sog. Teilvertretung, vgl. Dehn/Wolf § 46 GO, Erl. 6 zu Abs. 4). Sofern also ein ordnungsgemäß gewählter Stellvertreter benannt wird, steht dem nichts entgegen.

Im Ergebnis war also die Weigerung, Herrn Buerschaper abstimmen zu lassen, nicht rechtskonform, sofern Herr Buerschaper ein für die CDU-Fraktion ordnungsgemäß gewählter Stellvertreter ist. Da es sich bei der Abstimmung nur um eine Empfehlung für die Bürgerschaft handelt, muss gegen den somit rechtswidrig zustande gekommenen Beschluss aber kein Widerspruch durch den Bürgermeister eingelegt werden.

Beschluss:

Die „Entschädigungssatzung Freiwillige Feuerwehren“ wird in der als Anlage 2 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.6 Aufwandsentschädigungen / Ehrenamtsförderung für die freiwilligen Feuerwehren
Vorlage: VO/2024/13340**

Gemäß TOP 1 werden TOP 5.6 und TOP 6.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.6 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

AM Buerschaper übernimmt auch hier die Teilvertretung für AM Mauritz.

Zum TOP 5.6 reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Müller, AM Zahn, Herr Senator Hinsen und Herr Klempau.

AM Mählenhoff beantragt, die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weiterzugeben und lässt über die Weitergabe abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Der Antrag auf Weitergabe ohne Votum wurde vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

AM Zahn erhebt den Einwand, dass eine Vertretung bei befangenheitsbedingter Abwesenheit nicht Rechtes sei. Seiner Meinung nach, dürfte es zu TOP 5.5 und zu TOP 5.6 aufgrund der Befangenheit von AM Mauritz nur 14 Stimmberechtigte Mitglieder anwesend sein. Diese

Rechtsfrage konnte nicht sofort vor Ort gelöst werden, so dass über die Vorlage ein zweites Mal ohne Beteiligung von der Teilvertretung AM Buerschaper vorgenommen wurde.

Die Vorsitzende lässt erneut über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

Hinweis zum Protokoll

Die Rechtsabteilung teilt folgendes mit: Ausgeschlossene Mitglieder können sich für den Beratungsgegenstand, für den ein Ausschließungsgrund vorliegt, vertreten lassen (sog. Teilvertretung, vgl. Dehn/Wolf § 46 GO, Erl. 6 zu Abs. 4). Sofern also ein ordnungsgemäß gewählter Stellvertretender benannt wird, steht dem nichts entgegen.

Im Ergebnis war also die Weigerung, Herrn Buerschaper abstimmen zu lassen, nicht rechtskonform, sofern Herr Buerschaper ein für die CDU-Fraktion ordnungsgemäß gewählter Stellvertreter ist. Da es sich bei der Abstimmung nur um eine Empfehlung für die Bürgerschaft handelt, muss gegen den somit rechtswidrig zustande gekommenen Beschluss aber kein Widerspruch durch den Bürgermeister eingelegt werden.

Beschluss:

Zur Anerkennung des gesellschaftlichen Engagements der Freiwilligen Feuerwehr in der Hansestadt Lübeck beschließt die Bürgerschaft das für 2024 und 2025 umzusetzende nachfolgende Konzept:

1. Die in der Haushaltssitzung der Bürgerschaft am 28.09.2023 beschlossene Aufwandsentschädigung in Höhe von 170.000 € wird bis zum 31.12.2024 (bzw. für das Jahr 2025 bis zum 31.12.2025) an die Kameradschaftskassen der Freiwilligen Feuerwehren ausgezahlt.
2. Die Auszahlung an die Kameradschaftskassen der 22 Ortswehren erfolgt in den Jahren 2024 und 2025 auf Grundlage der Anzahl der aktiven Mitglieder zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Vorjahres. Die Mitgliederversammlungen der jeweiligen Ortswehren beschließen über die Verwendung der Mittel.
3. Die Umsetzung wird nach spätestens einem Jahr evaluiert und der Bürgerschaft berichtet. Entsprechend der Haushaltslage ist eine Fortführung dieser Zahlung über das Haushaltsjahr 2025 hinaus vorgesehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.7 Gründung Lübecker Klimafonds
Vorlage: VO/2024/13406-01**

Frau Fröhlich stellt die Gründung Lübecker Klimafonds vor und beantwortet Fragen. Hierzu reden, teilweise mehrfach, Senator Hinsen und Frau Fröhlich, AM Mauritz, AM Mentz, AM Mählenhoff.

AM Mauritz kehrt während der Diskussionen in den Sitzungssaal zurück. Senator Hinsen gibt die Empfehlung, evtl. Änderungswünsche des Konzeptes in der Bürgerschaft zu stellen.

AM Mauritz merkt an, dass es noch einen weiteren Informationstermin der Klimaleitstelle mit den verschiedenen Fraktionen gäbe und beantragt daher um Weitergabe ohne Votum.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag auf Weitergabe ohne Votum abstimmen.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Lübecker Klimafonds auf Basis des als Anlage 2 beigefügten Konzeptes und der Förderrichtlinie (Anlage 3) im Bereich 3.390 aufzubauen.

2. Über die Aktivitäten des Klimafonds wird durch die Klimaleitstelle jährlich berichtet.

3. Als Anschubfinanzierung des Klimafonds werden für 2025 und 2026 jeweils 120.000€ für die Projektförderung zur Verfügung gestellt.

4. Für die Umsetzung des Klimafonds sind 1,5 Personalstellen zu schaffen (Teilzeit Stelle TVöD 9c, Vollzeit Stelle TVöD 11).

5. Es ist ein Beirat zu gründen, der aus 4 politischen Vertreter:innen, 2 Bürger:innen, 2 Wissenschaftler:innen, 2 Vertreter:innen von Initiativen und 2 Mitgliedern der Klimaleitstelle besteht.

Der

Beirat ist bei der Mittelvergabe zu beteiligen. Er gibt eine Empfehlung über die zu fördernden Projekte ab. Die endgültige Förderentscheidung trifft auf Grundlage dieser Empfehlung die Verwaltung der Hansestadt Lübeck.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung stimmt der Weitergabe des Antrages an die Bürgerschaft ohne Votum mehrheitlich zu.

**zu 5.8 Zustimmung zum Nachtragsplan der Kameradschaftskasse der FF Lübeck-Dummersdorf für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: VO/2024/13686**

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Dem als Anlage 1 beigefügten Nachtragsplan zum Einnahme- und Ausgabeplan 2024 der FF Lübeck-Dummersdorf wird zugestimmt.

	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BM Möller: Einführung einer Ehrenamtszuschale für die Freiwillige Feuerwehr
Vorlage: VO/2023/12366**

Gemäß TOP 1 werden TOP 5.6 und TOP 6.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.6 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

AM Mählenhoff macht sich den Antrag zu eigen und erklärt ihn mit Hinweis auf die VO/2024/13340 für inhaltlich als erledigt.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die zeitnahe Einführung einer Ehrenamtszuschale für alle aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr zu prüfen.

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Ausschuss für Sicherheit und Ordnung zur Beratung vorzulegen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Am Katja Mentz (GAL): Schutz von Igel und weiteren Kleintieren
Vorlage: VO/2024/13635**

AM Dr. Lengen fragt nach der Sichtweise der Verwaltung. Herr Senator Hinsen betrachtet die Intention als sinnvoll, jedoch sehe er Schwierigkeiten bei den Kontrollen. Senator Hinsen plädiert für eine technische Lösung und werde das Bundesamt für Naturschutz diesbezüglich anschreiben.

Hierzu reden AM Dr. Lengen, AM Mentz und AM Mauritz.

AM Mählenhoff stellt folgenden Änderungsantrag:

UNV wird gebeten zu prüfen, ob eine Allgemeinverfügung für die Hansestadt Lübeck zum Schutz von Igel und weiteren Kleintieren erarbeitet werden könne.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der Vorlage in der geänderten Fassung einstimmig zu.

Beschluss:

Erlass einer Allgemeinverfügung zum Schutz von Igel und weiteren Kleintieren

Der Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz wird gebeten, eine Allgemeinverfügung für die Hansestadt Lübeck zu erarbeiten, die - analog zu der Stadt Köln - die erlaubten Betriebszeiten von Mährobotern einschränkt, sodass Igel und andere nachtaktive Kleintiere nicht durch diese verletzt oder getötet werden können.

Es sollen weitere Maßnahmen vorgeschlagen werden, wie die Hansestadt Lübeck darüber hinaus dazu beitragen kann, Lebensräume von Igel zu erhalten, zu verbessern und auszuweiten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 8 Polizeibeirat

Herr Olbrich berichtet über die Kooperation Polizei und kommunaler Ordnungsdienst: Die Zuständigkeiten der Polizei sowie des kommunalen Ordnungsdienstes seien gesetzlich festgelegt. Die Kooperation beinhaltet die Schnittstellen zwischen der Polizei und dem kommunalen Ordnungsdienst. Diese seien u. a. gegeben bei Versammlungen, Fußballspielen, Unterstützung Ausländerrechtliche Kontrollen. Aktuell würde ein Kooperationsvertrag verschriftlich, der diese Zusammenarbeit auch formal festhalten werde. Dieser würde nach finaler Erstellung der Politik zur Verfügung gestellt werden.

Weihnachtsmarkt: Aktuell liege keine konkrete Bedrohungslage vor. Aufgrund der abstrakt ruhenden Gefährdungslage würde fortlaufend am Sicherheitskonzept gearbeitet und dieses umgesetzt. Dies beinhaltet u. a. eine höhere Polizeipräsenz. Ebenso wurde für den Lübecker Weihnachtsmarkt eine Messerverbotzone ausgesprochen. Hierzu berichtet Frau Wöhlk.

Frau Wöhlk berichtet über die Gesetzessänderung § 45c Waffengesetz. Dieses beinhaltet, dass auf Märkten keine Messer mitgeführt werden dürfen. Die Zuständigkeit der Kontrollen liege aktuell noch bei den Kommunen. Mündlich sei bereits seitens des kommunalen Ordnungsdienst um Amtshilfe bei der Polizei gebeten worden. Ein schriftlicher Antrag werde noch folgen.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Mauritz, AM Zahn, AM Mentz. Frau Wöhlk und Herr Olbrich beantworten die Fragen von AM Zahn, AM Dr. Lengen, AM Müller und AM Höfel.

zu 9 Verschiedenes

AM Zahn bedankt sich für die Unterstützung der Feuerwehr sowie des Bürgerservice bezüglich der Übergabe der Feuerwehrfahrzeuge für die Ukraine.

Zudem habe AM Zahn einen Brief erhalten, in dem sich ein Bürger beim Rettungsdienst für eine Unterstützung bedanken möchte. Die Unterstützung habe hervorragend geklappt.

AM Zahn durfte bei einer Einbürgerung teilnehmen, diese sei sehr würdevoll und angemessen durchgeführt worden.

AM Müller weist daraufhin, dass es im Supermarkt u. a. Streusalz angeboten würde. Dieses zu verwenden sei allerdings verboten.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:17 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:18 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt die Vorsitzende mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im nichtöffentlichen Teil keinen Beschluss gefasst habe.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:21 Uhr.

Lübeck, den 30. Januar 2025

Silke Mählenhoff
Vorsitzende/r

Frau Julia Matthäus
Protokollführung